

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Solidarität in Arbeiterkämpfen

Vom Dezember 1926 bis Juni 1927 liefen circa 300 Tarifverträge ab, durch die vier Millionen Arbeiter und Angestellte betroffen werden. Gegen Ende März laufen allein circa 170 Verträge ab, die 2 1/2 Millionen Arbeiter angehen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in nächster Zeit die Arbeitskämpfe zunehmen und sich verbreitern werden.

In den letzten Jahren wurden noch immer nur ungenügende Bestrebungen gemacht, um auch die unter reformistischer Leitung stehenden Konsumvereine zu einer Unterstützung der Arbeiterkämpfe zu gewinnen. Oft hat der Glaube an die Größe der Arbeit gefehlt und deshalb ist erst gar nicht oder doch nur ungenügend versucht worden, den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der streikenden Arbeiter bei reformistischen Genossenschaftsbürokratie zu lassen und sie zu Angehörigen zu gewinnen. Wir führen nachstehend einige Genossenschaftsbürokratien an. — Die Unterstützung ist jedoch nicht vollständig:

Beim Cronberger Metallarbeiterstreik durch R.-B. „Vorwärts-Beitrag“ Harzen-Glücksfeld nur an Mitglieder pro Woche Mann und Frau je ein Brot, jedes zweite Kind ein Brot und ein Pfund Butter für jede Familie.

Beim Hamburger Textilarbeiterstreik durch R.-B. „Produktion“ Hamburg nur an Mitglieder für Hamburger Betriebe 2000 Brote, für Wilhelmshagen 500 Brote sowie 900 Bunsen je einer für ein Pfund Butter, ein Pfund Speck, ein kilo Erdbeeren, ein kilo Reis, eine Dose Nudeln, ein Pfund Zucker, ein halbes Pfund Kaffee, ein kilo Mehl.

Beim Kölner Metallarbeiterstreik durch R.-B. „Hoffnung“ Köln nur an Mitglieder 2000 Brote, 1000 Pfund Margarine.

Beim Textilarbeiterstreik in Oelsitz durch R.-B. Plauen nur an Mitglieder 2000 Brote, eine Familie ohne Kinder je ein Brot, eine Familie mit Kindern zwei bis drei Brote die Woche. (Ein Antrag 500 Mark der R.P.D. zu überweisen, wurde abgelehnt). Durch R.-B. Schwarzberg durch Vermittlung der R.P.D. für alle Streikenden: 5000 Heringe, 100 kilo Kaffee und Tabak und Zigaretten.

Beim Textilarbeiterstreik in Oelsitz durch R.-B. Oelsitz nur an Mitglieder vier Wochen Brot und Fett.

Beim Mitteldeutschen Bergarbeiterstreik durch R.-B. Merseburg: Für zwei Köpfe ein Sechshund-Brot, für vier Köpfe zwei Sechshund-Brote, für sechs Köpfe drei Sechshund-Brote. Gleichzeitig an R.P.D. 1000 Brote und tausend Pfund Margarine zum Selbstkostenpreis geliefert.

Diese und die übrigen — wenn auch noch äußerst mangelhaften — Ergebnisse der Unterstützung von Arbeiterkämpfen durch die Konsumvereine, die auf Grund der Initiative der Opposition und der streikenden Arbeiter erreicht worden sind, finden man in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, dem Zentralorgan des J. d. R. nicht zusammengestellt. Es ist das durchaus verständlich, denn von diesen Seiten wird sich eine solche mangelhafte Streifenunterstützung nicht gewünscht. Gerade in letzter Zeit wendet sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ wieder gegen die Streifenunterstützungen und schließt über die an der Moskauer Straße wohnenden deutschen Kommunisten, die wieder einmal die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe betreiben, um die Konsumvereine zu unterstützen, die Vor allem freudig Herr Ratsch, daß beim mitteldeutschen Bergarbeiterstreik sich die Konsumvereine „fortrefflich verhalten haben“.

Bei den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ist es notwendig, nicht erst den Ausbruch der Streifenbewegung abzuwarten, um die Unterstützungsmöglichkeiten der Arbeiterkonsumvereine aufzuheben, sondern schon vor dem Ausbruch der größeren Streifenbewegungen die Aufgaben der Genossenschaften zu behandeln. Da die meisten Streifen jetzt noch von kurzer Dauer sind, gelang es nicht immer schnell genug, die Mobilisierung der Mitglieder für die Unterstützung der Kämpfe zu erreichen. Wenn deshalb schon vor dem Ausbruch der größeren Streifenbewegungen in den Organen der Genossenschaften sowie in den Volkshaus- und Gewerkschaftsversammlungen die Unterstützungsmöglichkeiten der Genossenschaften behandelt werden, wird es hinsichtlich noch mehr gelingen, den Druck auf die reformistische Bürokratie zu vergrößern und sie zu weitergehenden Unterstützungsmöglichkeiten zu zwingen.

Die letzten Streifenunterstützungen wurden von den reformistisch geleiteten Konsumvereinen nur sehr unvollständig an ihre Mitglieder geteilt. Eine härtere Propaganda als bisher muß für die Mobilisierung der Unterstützung auf alle kämpfenden Arbeiter geleistet werden. Gerade der Beweis der proletarischen Klassenolidarität der Konsumvereine wird den noch nicht den Genossenschaften anhängenden Arbeitern die Augen öffnen und die Solidarität wird sich als ein gutes Werbemittel für die Gewinnung dieser Arbeiter zu Genossenschaftsmitgliedern erweisen. Bei einer Verhärterung der Arbeit in den Konsumgenossenschaften muß es gelingen, daß diese mehr als bisher in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ihre proletarische Solidaritätspflicht erfüllen.

ten, daß alle bisher gesammelten Erfahrungen und Beiträge, die die Kampfmethoden gegen die Konsumvereine betreffen, auch wirklich abgedruckt werden.“

Selbstverständlich wurde auch dieser Vorschlag der Opposition auf dem Genossenschaftstages nicht akzeptiert. Wir haben bereits in der letzten Nummer darauf hingewiesen, wie die reformistischen Führer glauben, gegen die Konsumvereine mit geschäftlichen Konkurrenzmitteln anzukommen und gegen die der Kampf gegen die Konsumvereine zu führen ist. In allen Konsumvereinen, in deren Nähe sich Konsumgenossenschaften befinden, müssen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder die Initiative für einen wirklichen Kampf gegen die Konsumvereine ergreifen. In den Verwaltungsorganen der Konsumvereine muß gefordert werden, daß gemeinsame Ausschüsse der Gewerkschaften, Betriebsräte und Genossenschaft zum Kampf gegen die Konsumvereine eingesetzt werden.

Nach immer wird von den reformistischen Genossenschaftsführern nicht

gegen den Steuerraub der Bürgerblockregierung

getan. Mobilisiert die proletarischen Genossenschaftsmitglieder zum Kampf

gegen die Veranziehung der Genossenschaften zur Gewerbesteuer.

für die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer.

gegen die Verbrauchsteuern und Lohnsteuern.

für die Herabsetzung der Klassensteuern und die härtere Belastung der Besitzenden.

Vertreterwahl in Essen

Vier 50 Verteilungsstellen des Essener Bezirks des R.-B. „Eintracht“ fanden am 13. Dezember die Kandidaten der Genossenschaftsleiter und Vertreter statt. In 14 Verteilungsstellen wurden die reformistischen Listen ohne Stimmabgabe gewählt; in elf von diesen waren die Listen der Opposition aus wichtigen Gründen für ungültig erklärt worden. Bei der Wahl in den 15 Verteilungsstellen erhielten die Listen der Opposition 148 Stimmen und 47 Vertreter, die Listen der R.P.D. 223 Stimmen und 113 Vertreter, einschließlich der Vertreter für die 14 Verteilungsstellen, in denen keine Stimmabgabe erfolgte. Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1924 hat die Opposition ihre Stimmzahl um 206 gesteigert; die Reformisten verloren 613 Stimmen.

N. Popow: „Die Konsumgenossenschaft in der Sowjetunion.“

In der 22seitigen Broschüre gibt der Verfasser ein anschauliches Bild über die Rolle der Genossenschaften in der Sowjetunion und den verschiedenen Epochen der proletarischen Revolution. Er behandelt den organisatorischen Aufbau, die wirtschaftliche und politische Bedeutung beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und über die Arbeit, die die Sowjetgenossenschaften zur Vereinzelnung der breiten Massen zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und in allgemeiner kultureller Hinsicht leisten. Jeder Genossenschaftsfunktionär, wie jeder, der sich über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Aufbau der sozialistischen Wirtschaft Sowjetrußlands unterrichten will, muß sich die Broschüre beschaffen. Dieselbe ist im Verlag für Literatur und Politik Berlin-Dien 1927 erschienen und in allen Arbeiterbuchhandlungen zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

„Mustergültige“ Arbeitsverhältnisse im Bochumer Konsumverein

Hamburger „Nationalisierung“-Methoden

Das „Rufe-Echo“ in Essen veröffentlichte am 21. Dezember 1927 ein Protokoll einer Delegiertenversammlung der im Konsumverein „Vollfahr“ Bochum beschaffigten Lager- und Transportarbeiter. Anlaß zu dieser Versammlung war ein Betriebsauflösungsgebot, das darauf zurückzuführen ist, daß im Betriebe des Bochumer Konsumvereins — in dem der „große“ Friedrich Riedrich — die Arbeiter angewiesen werden, ohne Schutzvorrichtungen zu arbeiten und die Unfallverhütungsvorschriften nicht zu beachten. Nach dem erwähnten Protokoll hat der Leiter des Zentralagers den Arbeitern Anweisung gegeben:

„mit dem Elevator zu fahren, damit sie möglichst schnell in die Stagen gelangen“.

„beim Absteigen vom Elevator die Schutzvorrichtungen zu heftigen, und mit den Händen in den Elevator hineinzufassen, damit der zu transportierende Gegenstand besser erfaßt werden kann“.

In der Versammlung wurde ferner festgestellt, daß auf Anweisung dieses Betriebsleiters der Zutritt zu über zehn Zentner überaus schwer beladenen Wagen. Beim Aussteigen von diesen hat jeder Mann den Arbeitern erklärt, daß jeder Arbeiter in der Lage sein muß, drei einzelne Zentnerstücke, gleich welchen Inhalts und Höhe, aufzuschichten. Jeden Einspruch der Beschäftigten hat dieser Betriebsleiter — anders kann man diesen Schergen des „großen“ Friedrich nicht bezeichnen — damit abgelehnt, daß er zu bestimmen hat. Als derselbe bei seinen Anweisungen über das Aufsteigen der Säcke von einem Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß man sich dabei sehr leicht Verletzungen zuziehen könne, hat er geantwortet:

„Wenn du das nicht kannst und nicht machen willst, kannst du nicht in der Genossenschaft beschäftigt werden.“

Es genügt natürlich nicht, daß die Beschäftigten — wie sie es in diesem Fall taten — die Befolgung dieses Willens von ihrem Posten forderten. Bochum ist keine Einzelercheinung. Die von den reformistischen Führern durchgeführte „Nationalisierung“ der Betriebe nach sozialistischen Methoden hat die Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaftsbetrieben ungenügend verschlechtert. Dadurch hat sich in den Genossenschaftsbetrieben ein System der schärfsten Ausbeutung herausgebildet, gegen das die proletarische Opposition bisher angekämpft hat. Die in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten müssen gemeinsam mit der Opposition gegen die reformistischen Führer und ihre „Nationalisierung“-Methoden kämpfen. Ohne eine proletarische Genossenschaftspolitik gibt es in den Genossenschaftsbetrieben auch keine vorbildlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kampf den Werkskonsum-Anstalten!

Wir haben bereits in unserer letzten Nummer über den Kampf gegen die Werkskonsumanstalten geschrieben. Die Opposition hat für den Genossenschaftstages 1927 in Essen in der Broschüre „Konsumvereine und Klassenkampf“ folgenden Vorschlag über die Werkskonsumanstalten gemacht:

„In Verbindung mit den Berggenossenschaften, Bergportvereinen usw. spielen in letzter Zeit auch wieder die sogenannten Werkskonsumvereine eine größere Rolle. Die Konsumvereine haben heute zum größten Teil den sogenannten Werkskonsumvereine die zu helfen gegenüber.“

Um eine größere Kampagne gegen die Schädigung der Arbeiterkraft und der Arbeiterkonsumvereine durch die soge-

nannten Werkskonsumanstalten durchzuführen, hält der Genossenschaftstages in Essen für erforderlich:

1. Durch den Vorstand des J. d. R. eine größere schriftliche Rundfrage über das Bestehen, den Einfluß und das Wirken der Werkskonsumanstalten durchzuführen. Dabei soll u. a. festgestellt werden, wie die Preise der Waren sind, wie die Qualität ist, ob und welchen direkten und indirekten Einfluß die Arbeiter auf die Verwaltung besitzen. — Wie die finanzielle Verfassung der Arbeiter ist, die Bezahlung erfolgt usw. Gleichzeitig soll dabei festgestellt werden, mit welchen Mitteln bisher der Kampf gegen die sogenannten Werkskonsumanstalten geführt wurde.

2. Zur Veranschaulichung einer guten List, zur Bekämpfung der verschiedenen Arten der Werkskonsumvereine soll in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ diebestmögliche Material veröffentlicht werden. Die Redaktion ist zu verpflicht-

Reformistische Gewerkschaftsführer über die Unternehmermanieren der Genossenschaftsbürokratie

Im November fand in Wernigerode eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Bäder und Transportarbeiter der Genossenschaften des Mitteldeutschen Revisionverbandes statt. Hier wurde auch durch Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Anklage gegen die reformistischen Genossenschaftsbürokratie über die Unternehmerrmanieren der Genossenschaftsbürokratie bekräftigt. Nach einem Bericht des Deutschen Revisionverbandes, Gau Magdeburg, erklärte Drechler:

„Das bis zum Jahre 1925 ein Reichstariftariff mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bestanden hätte. Derselbe sei aber nach Ablauf nicht wieder erneuert. Versuche mit dem Revisionverband mitteldeutscher Konsumvereine, zu einem Vertragsverhältnis zu kommen, seien an dem Widerstand der führenden Kollegen des mitteldeutschen Revisionverbandes gescheitert. Drechler schloß mit seinen persönlichen Erfahrungen daraus, wie widerwärtig sich die Vorstandsmittelglieder des Revisionverbandes benommen hätten.“

Als Vertreter des Bundesverbandes des Deutschen Revisionbundes sprach Werner, Berlin, der u. a. ausführte: „Im Jahre 1924 hätte sich der Genossenschaftstages in Ulm mit der Frage des Weiterbestehens des Reichstariftariffs beschäftigt, es sei aber lediglich der Beschluß zustande gekommen, den Tarif zu kündigen, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, Verschlechterungen einzuführen. Kleinere Differenzen, welche in einzelnen Genossenschaften vorgekommen seien, wären von der Genossenschaft in den Vordergrund gehoben, um den Widerstand eines neuen Reichstariftariffs zu verhindern. Nach dem Genossenschaftstages in Steititz im Jahre 1925 hätte man sich vor die Frage: Vogel, freit über die. Dabei wären die Streitpunkte, die hauptsächlich in der sogenannten Einstellungsfrage und in der Anerkennung des Tariffs durch alle Vereine bestanden, leicht zu überbrücken gewesen, aber man wollte einfach nicht; ja das Vorstandsmittelglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Genosse Ratsch, verließ sich zu der ungeheuren Behauptung, die Organisations der Bäder und Transportarbeiter seien tarifunfähig. Dann kam die berühmte Parole des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an die einzelnen Revisionverbände, ja seinen Reichstariftariff abzuschließen, sondern höchstens Einzeltarife, deren Bestimmungen sich eng an die bestehenden Tarife der privatkapitalistischen Betriebe anzuschließen hätten. Sollten sich die Gewerkschaften weigern, solche Tarife zu schließen, so sollten die gesetzlichen Schlichtungsinstitutionen angerufen werden. Auch dürfte nicht mehr gemeinsam mit den Bädern und Transportarbeitern ver-

der Spitzenorganisationen der Konsumvereine sei es gelungen, Reichstariftariff abzuschließen. Zuerst im Rheinland und Westfalen. Zur Zeit seien sechs Reichstariftariffe zum Abschluß gebracht. Diese unterschieden sich nicht wesentlich von dem alten Reichstariftariff, nur in den Bestimmungen über die Auslegung des Paragraphen 616 des R.V.B. seien kleinere Konzessionen gemacht worden. Kollege Werner schloß dann, auf welche Schwierigkeiten er verfallen bei den Verhandlungen mit dem südwestdeutschen Revisionverband gewesen sei. Der Geschäftsführer dieses Verbandes hätte den Schlichtungsausschuß angezogen, der gefällte Spruch sei von den Gewerkschaften abgelehnt, dann sei die Verbindlichkeitsklärung beantragt, aber das Reichstariftariffmilitarium hätte den Spruch nicht für verbindlich erklärt.“

Der Verbandsvorsitzende der Deutscher Diermeter, gab die Erklärung ab, daß der Zustand in Mitteldeutschland untragbar sei. In vielen Fällen beriefen sich die Konsumvereine auf den tariflosen Zustand in den Konsumvereinen. Reiter seien die Genossenschaften stolz auf ihre mustergültigen Tarifverträge gewesen. Immer wieder hätten sie erklärt, daß die Leistungsfähigkeit der Betriebe durch die Tarifverträge gehoben wäre, heute jedoch wehe klagen bei den führenden Männern der Genossenschaftsbürokratie ein reaktionärer Wind.“

Die Vertreter der Opposition waren es, die sowohl auf dem Genossenschaftstages 1924 in Ulm, als auch 1925 in Steititz und 1926 in München gegen diese reaktionäre Politik der reformistischen Genossenschaftsführer auftraten. In allen Konsumvereinen muß bei der rücksichtslosen Kritik dieser „Nationalisierungsmethoden“ die Mitgliedschaft für die Durchführung der Forderungen der Opposition auf dem Genossenschaftstages 1927 in Essen gewonnen werden:

Erneuerung des früheren Reichstariftariffs;

Einsetzung der Propaganda für die Aufhebung des Reichstariftariffs;

Bekämpfung der Akkordarbeit und der Beschäftigung gegen Umwandlung;

Bekämpfung der übermäßigen Beschäftigung von Ausbild-

kräften und feste Anstellung der dauernd notwendigen

Arbeitskräfte;

Abbau der hohen Vorstandsgehälter und Angleichung der

selben an die Gehälter der Zugerhalter.

Reformistischer Redakteur: Edwin Bauer, 21 2 R. Berlin -
Verlag: „Rufe-Rufe“ 2 1 2 R. Berlin SW 6 -
Erschienen: 25.
Ersch.: „Rufe“, Papier-Druckerei- und Verlagsanstalt Berlin-Charlottenburg
Erscheinung: 25.12.1927